

B e s c h l u s s

Erweiterung des Untersuchungsauftrags des Untersuchungsausschusses "Treuhand in Thüringen: Erfolgsgeschichte oder Ausverkauf - Rolle und Untersuchung der Arbeit der Treuhandanstalt und der zuständigen Niederlassungen im Gebiet des heutigen Thüringen" (vergleiche Drucksache 7/3840)

Der Landtag hat in seiner 61. Sitzung am 21. Oktober 2021 folgenden Beschluss gefasst:

- I. Der Untersuchungsauftrag des vom Thüringer Landtag in seiner 54. Sitzung am 22. Juli 2021 eingesetzten Untersuchungsausschusses 7/2 in Drucksache 7/3840 - "Treuhand in Thüringen: Erfolgsgeschichte oder Ausverkauf - Rolle und Untersuchung der Arbeit der Treuhandanstalt und der zuständigen Niederlassungen im Gebiet des heutigen Thüringen" - wird um folgende Aufklärungsziele erweitert:
 1. Nach Nummer I.2 der Drucksache 7/3840 werden folgende Aufklärungsziele eingefügt:
 - wie qualifiziert die jeweiligen für Thüringer Betriebe zuständigen Mitarbeiter der Treuhandanstalt für ihre Tätigkeit waren und anhand welcher Kriterien ihre Qualifikation bemessen wurde; daraus ergeben sich die ebenfalls zu beantwortenden Folgefragen: Gab es innerhalb der Treuhandanstalt Evaluationen, interne Weiterbildungen/Schulungen, Nachqualifikationen und Kontrollen, die die Qualifikation der Mitarbeiter und die Qualität ihrer Maßnahmen in hinreichender Form sichergestellt haben? Wie war die anstaltsinterne Aufsicht in Hinsicht auf die oben beschriebene Grundproblematik ausgestaltet?;
 - inwieweit und auf welche Weise die Treuhandanstalt Arbeitsplatz- und Investitionszusagen von Käufern von ehemals "volkseigenen" Thüringer Betrieben abgesichert, geprüft und durchgesetzt hat;
 2. Nach Nummer I.6 der Drucksache 7/3840 wird folgendes Aufklärungsziel eingefügt:
 - ob bei dem Vorgehen der Treuhandanstalt betreffend ehemals "volkseigene" Thüringer Betriebe Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte ausreichend respektiert und berücksichtigt wurden und wenn nein, wie sich die Landesregierung dazu verhalten hat;
 3. Nach Nummer I.7 der Drucksache 7/3840 wird folgendes Aufklärungsziel eingefügt:
 - inwieweit und auf welche Weise die Landesregierung beziehungsweise deren Ministerien mit der Treuhandanstalt zusammengearbeitet und im Einzelnen auf deren konkrete Privatisierungspraxis vor Ort Einfluss genommen haben;

4. Nach Nummer I.9 der Drucksache 7/3840 werden folgende Aufklärungsziele eingefügt:
 - wie sich Entscheidungen der Treuhandanstalt auf lokale und regionale (sozio-)ökonomische und soziale Strukturen in Thüringen ausgewirkt haben;
 - welche Wirkungen die Stilllegung von ehemals "volkseigenen" Betrieben durch die Treuhandanstalt insgesamt auf den Abbau von Infrastruktur und auf die Arbeitslosenquote in Thüringen, auf die soziale Absicherung und auf die Höhe der Altersversorgung der Betroffenen und ihrer Familien und auf die Abwanderung aus Thüringen hatte und welche Schritte die Landesregierung wann und mit welchem Erfolg eingeleitet hat, um diese Folgen abzuwenden, abzumildern und/oder zu beseitigen;
 - welche Folgen sich aus der Arbeit der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie Tochtergesellschaften langfristig auf die Stärke und die Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft und auf die Beschäftigungs- und Einkommenschancen der Menschen in Thüringen ergaben und welche Maßnahmen die Landesregierung im Rahmen ihrer Verantwortung diesbezüglich ergriffen hat.
 5. Die Zählung in Nummer I der Drucksache 7/3840 ändert sich entsprechend.
 6. Nummer III der Drucksache 7/3840 wird um folgenden Satz ergänzt:

Der Untersuchungsausschuss gibt eine Empfehlung ab, in welchen Formen Menschen entschädigt werden können, die in Folge der Treuhandanstaltspraxis einen Schaden erlitten haben.
- II. Die Landtagspräsidentin wird ermächtigt, den Verlauf des Beschlusses vom 22. Juli 2021 in Drucksache 7/3840 unter Berücksichtigung von Nummer I sowie des Beschlusses vom 9. September 2021 in Drucksache 7/4044 neu bekannt zu machen.

In Vertretung
Marx
Vizepräsidentin des Landtags